

Wochenende

Gletscherschwund: Auf den Alpengletschern sind seit dieser Woche die Schneereserven aus dem Winter aufgebraucht. Das Schmelzen des „ewigen Eises“ geht rasant weiter **»Seite 3**

SAMSTAG, 4. JULI 2026

ÖÖNachrichten

www.nachrichten.at/magazin

„Waldheim hat vielen einen billigen Ausweg geboten“

Vor 40 Jahren wühlte die Waldheim-Affäre Österreich auf. Ein Gespräch mit dem Politologen Peter Filzmaier über Opfermythos, Pflicht und Tabubruch



Kurt Waldheim – hier auf einem Besuch in Ried/Innr. – wurde am 8. Juli 1986 als Bundespräsident angelobt. Sein Verhalten während der Nazi-Jahre wurde im Hofburg-Wahlkampf erbittert diskutiert. Foto: Messe Ried

VON WOLFGANG BRAUN

WIEN. Am 8. Juli 1986 wurde Kurt Waldheim als Bundespräsident angelobt – nach Wochen eines teils gehässig geführten Wahlkampfes um das Verhalten Waldheims während der Nazi-Zeit. Die Debatte hat einen „massiven blinden Fleck“ in unserer Vergangenheitsbewältigung offengelegt, sagt der Politologe Peter Filzmaier im Interview.

■ ÖÖNachrichten: Vor 40 Jahren prägte die sogenannte Waldheim-Affäre die heimische Innenpolitik und den Präsidentschaftswahlkampf 1986. Wie viel wirkt denn heute noch nach?

Peter Filzmaier: Die Affäre bedeutete damals einen Tabubruch, weil wir uns kritisch mit unserer Vergangenheit während der Nazi-Zeit auseinandersetzen mussten. Aber die Debatte ist mit der Zeit wieder ein wenig entschlummert, das entspricht auch ein bisschen unserer politischen Kultur des nur nicht Anstreichens.

■ Aber unmittelbar in den Jahren nach der Waldheim-Affäre hat sich einiges getan. Es gab eine intensive, durchaus auch schmerzhaft Diskussion in der Gesellschaft, und die Opferthese Österreichs wurde in Frage gestellt.

Es war der Bruch mit der Opfertheorie, wonach Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus galt. Die Wahrheit war natürlich differenzierter. Ja, es gab sehr viele Opfer des Nationalsozialismus in Österreich, und wir wurden von Nazi-Deutschland besetzt. Aber diese Besetzung erfolgte eben auch widerstandslos, und in Folge wurden sehr viele Österreicher auch zu Tätern. Es gab 700.000 Mitglieder

der NSDAP in Österreich, das ist für ein kleines Land sehr viel. Nach dem Krieg gab es auch einige Prozesse wegen Kriegsverbrechen, aber das ist bald wieder eingeschlafen. Die Opferthese hat dazu geführt, dass zum Beispiel politische Bildung bei uns – anders als in Deutschland – nicht Bestandteil des Unterrichts in den Schulen wurde. Erst die Waldheim-Affäre hat uns darauf gestoßen, dass wir hier einen massiven blinden Fleck haben und dass es nicht nur um Kriegsverbrechen geht, sondern auch um Mitläufertum und Opportunismus.

■ Der Wahlkampf der ÖVP für Waldheim 1986 hat diesen Opportunismus als irgendwie unausweichlich und nachvollziehbar dargestellt. „Ich habe nur meine Pflicht getan“, war der Satz, den Waldheim bei jeder Veranstaltung gesagt hat.

Es war der gesamte Wahlkampf fern von einer Sachdebatte, aber voller Klischees. Der Satz „Ich habe nur meine Pflicht getan“ war natürlich ohne jedwede Sensibilität. Waldheim sagte ja auch, er sei wie hunderttausende andere gezwungen worden, Soldat zu werden. Aber dieser Zwang schließt eigentlich aus, dass dies eine moralische Pflicht gewesen sein soll. Jedes diktatorische Regime funktioniert nicht nur aufgrund einer Oberschicht der schwersten Verbrecher, sondern auch wegen sehr vieler Mitläufer. Das wäre die Chance gewesen, das in diesem Zusammenhang auch zu thematisieren. Eine Historikerkommission hat später klar festgestellt, dass Waldheim kein Kriegsverbrecher, aber ein Mitläufer war, der mehr wusste, als er zugegeben hat.



„Der Satz ‘Ich habe nur meine Pflicht getan’ war natürlich ohne jedwede Sensibilität.“

■ Peter Filzmaier, Politologe

■ Aufgeladen war die Debatte auch, weil der Vorwurf im Raum stand, dass hinter den internationalen Recherchen über Waldheims Kriegsvergangenheit die SPÖ stecke. Wie viel Anteil hatte das an der giftigen Atmosphäre dieses Wahlkampfs?

Bundeskanzler Fred Sinowatz hatte abgestritten, dass er in einem SPÖ-Gremium davon gesprochen hat, man werde die Vergangenheit Waldheims rechtzeitig ans Licht bringen – und er wurde dafür wegen Falschaussage verurteilt, weil es von besagter Sitzung eine Mitschrift gab, der das Gericht Glauben schenkte. Das ist ein weiterer Aspekt der Waldheim-Debatte. Es gab keinen positiven Bezugspunkt.

Auch die SPÖ wollte die Sache ja kampagnenmäßig nutzen. Aber glaubhaft war man in der Frage der Aufarbeitung der Nazi-Zeit auch nicht. Auch in der SPÖ gab es viele kleine Waldheims, teils an führender Stelle. Man darf nicht vergessen, dass Bruno Kreisky Anfang der 1970er-Jahre ein Abkommen mit der FPÖ geschlossen hat, das ihm zuerst die Duldung einer SP-Minderheitsregierung garantiert hat und das später auch eine mögliche Koalition mit der FPÖ zum Inhalt hatte. Letztere wurde durch die absolute Mehrheit der SPÖ 1971 nicht nötig, aber der FPÖ-Chef, mit dem Kreisky diesen Pakt geschlossen hat, war Friedrich Peter – und der war im Krieg bei einer SS-Einheit, die nachweislich Massenerschießungen durchgeführt hat. Kreisky hat außerdem vier Minister mit NSDAP-Vergangenheit in sein Kabinett geholt.

■ Stimmt es, dass SPÖ-Chef und Bundeskanzler Fred Sinowatz der ÖVP ursprünglich angeboten hat, einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufzustellen?

Es soll ein Angebot gegeben haben, aber ob die Gespräche so weit waren, dass da über Waldheim geredet wurde, da teilen sich die Meinungen der Parteien. Immerhin war die ÖVP seit 1970 in der Opposition. Die Vorstellung, dass die ÖVP in dieser Situation auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichtet, war wohl kein sehr realistisches Szenario, unabhängig von der Person Waldheim.

■ Wie hat die Tatsache auf den Wahlkampf gewirkt, dass sich führende Persönlichkeiten des Jüdischen Weltkongresses in den

USA sehr stark in die Debatte eingebracht und Waldheim angegriffen haben?

Es ist in diesem Wahlkampf auf offener Bühne ausgetragen worden, was im Alltag präsent war. Es war die Fortsetzung eines Antisemitismus, ohne dass das den Menschen so richtig bewusst war. Der Jüdische Weltkongress ist ja nur eine von vielen Organisationen, aber die Geschichte von der Ostküsten-Verschöpfung als Chiffre für eine jüdische Weltverschwörung war natürlich sofort wieder auf dem Tisch. Diese Angriffe von außen haben Waldheim im Wahlkampf sicher genutzt und wurden ja auch von der ÖVP in Slogans wie „Wir Österreicher wählen, wen wir wollen“ aufgegriffen.

■ Waldheim hat sich unter anderem angreifbar gemacht, weil er seine Zeit während des Krieges in einem Buch in sehr mildem Licht dargestellt hat.

Er hat seine Kriegszeit bagatellisiert, als wären es ein paar Monate gewesen und nicht ein paar Jahre. Er hat sich stets über eine Kampagne gegen seine Person beschwert und dabei den Eindruck erweckt, als wäre Opportunismus Staatsmaxime. Damit wollte er sein Verhalten als alternativlos darstellen und hat so eine differenzierte Diskussion über Mitläufertum während des Krieges fast unmöglich gemacht. Dass er gesagt hat, dass er als Soldat in Saloniki nichts von den dortigen Massendeportationen mitbekommen haben will, das widerspricht natürlich jeder Wahrscheinlichkeit. Darauf hat ihn auch Simon Wiesenthal hingewiesen.

»Fortsetzung auf Seite 2

»Fortsetzung von Seite 1

■ **Nach der Wahl hat eine Historikerkommission die Kriegsvergangenheit Waldheims auch auf dessen Wunsch hin untersucht. Ihm werden darin keine Kriegsverbrechen vorgeworfen, aber es kommt unter anderem klar zutage, dass er seine Aufgaben dienstbeflissen erledigt hat. Wie bewerten Sie das?**

Das ist natürlich eine ganz schwierige Frage: Wo ist Mitläufertum nachvollziehbar und verständlich? Und wo ist die Grenze, wo das nicht mehr der Fall ist. Es ist vor allem von Einzelfall zu Einzelfall auch die Frage: Was bin ich bereit, an persönlichen Nachteilen in Kauf zu nehmen, etwa für meine berufliche Karriere? Man sollte von niemandem in solchen Ausnahmesituationen sinnlose Heldentaten verlangen. Aber es gibt genug Beispiele für beide Wege: für jene, die noch 1945 penibel und eifrig dafür gesorgt haben, dass die Züge in die KZ rollen können – und solche, die ihre Aufträge bewusst langsam und kompliziert hinausgezögert haben, um Sand in diese Maschinerie zu bringen. Waldheim hat mit seiner Interpretation vielen einen billigen Ausweg geboten.

■ **Hätte es nicht nach seiner Wahl auch noch die Möglichkeit gegeben, sich zu erklären, Fehler einzugestehen und damit eine differenzierte Debatte zu eröffnen?**

Es wäre als Bundespräsident vielleicht sogar seine Pflicht gewesen zu sagen: Ich habe mich im Krieg in einer extrem schwierigen Situation nicht immer richtig verhalten. Vielleicht hätte man ihn auch gewählt, wenn er das schon im Wahlkampf gemacht hätte. Ein Bundespräsident hat von der Verfassung her weitreichende Kompetenzen. Vor allem aber verlangt man von ihm, dass er eine politisch-moralische Instanz im Land sein kann. Mit seinem Verhalten war Waldheim aber genau das Gegenteil.

■ **Was waren politisch die unmittelbaren Folgen nach der Wahl Waldheims in die Hofburg?**

Bundeskanzler Sinowatz ist zurückgetreten, aber man muss ehrlicherweise sagen, dass er als Nachfolger des roten Überwältigers Kreisky wohl nur eine Zwischenlösung war. Er war schon vor der Hofburg-



Bundeskanzler Franz Vranitzky und Waldheim im Jänner 1987

Foto: APA

Wahl angezählt. International ist unserer Politik ein großer Schaden entstanden, Waldheim kam auf die US-Watchlist und war international weitgehend isoliert. Franz Vranitzky, als Bundeskanzler Nachfolger von Sinowatz, musste quasi die Rolle des Bundespräsidenten mitübernehmen. Die Aufarbeitung der Affäre war nicht glorreich, sondern bestenfalls ein Sickerereffekt.

■ **Wie wichtig war Vranitzkys Rede 1991 im Parlament, als er die Mitverantwortung Österreichs an Nazi-Verbrechen angesprochen hat?**

Vranitzky hat sich dadurch große Verdienste erworben. Er hat sich in den USA auch für die Aufhebung der Watchlist-Entscheidung gegen Waldheim eingesetzt und damit als Staatsmann agiert.

■ **Als einziger Präsident hat Waldheim nicht für eine zweite Periode kandidiert. Fehlte dann auch die Unterstützung der ÖVP?**

Die ÖVP war ja dann wieder Regierungspartei, wenn auch als undankbarer Zweiter in einer großen Koalition mit der SPÖ. Eine Wiederholung der Polarisierung wie sechs Jahre zuvor war schon rein strategisch nicht opportun. Es gab wohl

auch eine kritische Reflexion der bürgerlich-liberalen Kräfte in der ÖVP und die Gewissheit, dass ein neuerliches Antreten auch innerhalb der ÖVP zu einer Polarisierung geführt hätte.

■ **1987 sagte der damalige ÖVP-Generalsekretär Michael Graff: „So lange nicht bewiesen ist, dass Waldheim sechs Juden eigenhändig erwürgt hat, gibt es kein Problem.“ Graff musste daraufhin zurücktreten. Lange Jahre war danach undenkbar, dass so ein Satz von einem Politiker ausgesprochen wird. Wird das so bleiben – mittlerweile wir der Ton in der Politik wieder sehr rau?**

Dieser Satz war tatsächlich eine Ungeheuerlichkeit, er war durch die Anspielung auf das „eigenhändige Erwürgen“ auch eine Verharmlosung von Massenmord. Aber auch der Satz „Das wird man doch noch sagen dürfen“, der heute oft als Rechtfertigung für jede Verleumdung und Beschimpfung gebraucht wird, sollte uns alarmieren. Vieles wird leider wieder salonfähig. Die Debatte um eine Remigration bezieht sich nicht auf Menschen jüdischen Glaubens, aber das Muster hat leider erschütternde Parallelen.

UNO-Generalsekretär, Präsident, Watchlist

Kurt Waldheim: Der Wahlkampf 1986 markierte den Bruch in seiner politischen Laufbahn

Kurt Waldheim, geboren am 21. Dezember 1918 in St. Andrä-Wördern in Niederösterreich, konnte Mitte der 1980er-Jahre auf eine diplomatische Karriere zurückblicken wie kein Österreicher vor ihm. Er war jahrelang Österreichs Botschafter bei den Vereinten Nationen, von 1968 bis 1970 Außenminister und schließlich von 1972 bis 1981 UNO-Generalsekretär.

Das Jahr 1986 hätte die Krönung der Politiker-Karriere bringen sollen, den Einzug in die Hofburg als Bundespräsident.

Doch 1986 wurde zu einer Zäsur für Waldheim. Anfang des Jahres häuften sich Berichte in österreichischen und internationalen Medien, die Waldheims Zeit als Offizier im Zweiten Weltkrieg beleuchteten. Waldheim selbst hatte diese Jahre stets als Randnotiz behandelt, auch in einem Buch über seine Zeit als UN-Generalsekretär, das er 1985 veröffentlichte.

Nun gelangten Bilder und Dokumente an die Öffentlichkeit, die Zweifel an Waldheims Darstellungen nährten. Er hatte in einer Einheit gedient, die am Balkan und in Griechenland für besonders brutales Vorgehen gegen Partisanen und für Massendeporationen verantwortlich war.

Waldheim und die Pflicht

Waldheim reagierte gereizt, leugnete oder gab an, von manchen Ereignissen nichts gewusst zu haben. Das schadete seiner Glaubwürdigkeit, aber er blieb bei seinem Rückzugsgefecht und sprach von einer Kampagne, die nicht zuletzt vom Jüdischen Weltkongress gegen ihn losgetreten worden sei. „Ich habe nur meine Pflicht getan“, war der Satz, der an ihm haften blieb.

Aus dem Hofburg-Wahlkampf, in dem er für die ÖVP als Präsidentschaftskandidat antrat, wurde nun auch eine Diskussion über den Umgang vieler Österreicher mit der Nazi-Vergangenheit. Die

ÖVP führte für Waldheim eine „Jetzt-erst-recht“-Kampagne mit antisemitischen Untertönen, und sie war erfolgreich. Der SPÖ, deren Kanzler Fred Sinowatz intern angekündigt hatte, man werde Waldheims „braune Vergangenheit“ im Wahlkampf thematisieren, wurden Verleumdung und Schmutzkübel-Methoden vorgeworfen.

Waldheim siegte im ersten Wahlgang am 4. Mai und auch in der nötigen Stichwahl am 8. Juni gegen den blassen SP-Kandidaten, Gesundheitsminister Kurt Steyrer.

Am 8. Juli 1986 wurde Waldheim als Bundespräsident angelobt, aber international war er vom ersten Tag an isoliert. Im April 1987 erfolgte der nächste Schlag: Die USA setzten Waldheim wegen seiner Kriegsvergangenheit auf die Watchlist, er durfte damit nicht mehr in die USA reisen – eine Entscheidung, die bis zu Waldheims Tod 2007 nicht zurückgenommen wurde.

1988 stellte eine hochrangige Historikerkommission fest, dass Waldheim selbst keine Kriegsverbrechen begangen hatte, jedoch sehr wohl von den Ereignissen Kenntnis gehabt haben musste. Waldheim verzichtete 1992 auf eine Wiederkandidatur. (wb)



Waldheim im Wahlkampf 1986 (APA)

ALLTAGSDINGE

VON ROMAN SANDGRUBER



Das Lob der Unzufriedenheit

Es liegt in der Natur des Menschen, umso unzufriedener zu sein, je besser es ihm geht, sagte Frank Hyneman Knight, einer der Begründer der neoliberalen Mont Pelerin Society und der berühmten Chicagoer Schule der Ökonomie, die so viele Bezüge zur österreichischen Schule der Nationalökonomie aufweist. In diesem Sinne ist unsere Gegenwart das beste Beispiel. Es geht uns so gut wie nie zuvor und wie fast nirgendwo sonst auf der Welt. Und doch erleben wir eine nie dagewesene Welle der Unzufriedenheit: von Unzufriedenheit mit der Politik, mit der Bürokratie, mit der EU, mit den Parteien, mit dem Schulsystem, mit den Lehrern, mit dem ganzen Leben. Die Liste könnte fast endlos sein. Das gilt nicht nur für die Ös-



„Das Raunzen wird vor allem dem weiblichen Geschlecht zugeschrieben, doch die typischen Raunzer sind die Männer.“

reicher. Es ist allgemeinmenschlich. Aber neigen die Österreicher nicht ganz besonders zur Unzufriedenheit? Ist das „Raunzen“ nicht geradezu ihr Charakteristikum, ein vor allem wienerisches Alltagsverhalten? Mit dem Raunzen verwandt ist das Granteln, also das schlecht gelaunte Murren. Eine Mischung aus Selbstmitleid, Weh-

mut und Weltschmerz schwingt dabei mit. Niemand hat es besser darzustellen vermocht als der ewig grantelnde Hans Moser.

Doch der bloße „Grant“ bringt keinen Fortschritt. Grantig sein ist das Besserwissertum der Ohnmächtigen und die möglichst pointiert vorgetragene Rechthaberei der Machtlosen, und das heute meist unter dem Schutzmantel der Anonymität. Die boomenden Blogs und Internetforen mit ihren anonymisierten Beiträgen sind ihre Heimat. Dieses Raunzen und Granteln unterscheidet sich recht wenig von der üblen Nachrede, vom Kleinreden und Schlechtmachen und steigert sich weiter bis zur Wutrede. Das Raunzen wird vor allem dem weiblichen Geschlecht zugeschrieben, doch die typischen Raunzer

sind die Männer. Johann Nepomuk Nestroy bringt „grantig“ mit „Granden“ in Zusammenhang und schreibt es den im Wien des 18. Jahrhunderts als besonders überheblich und „grantig“ verschrienen spanischen Granden oder Adelige zu: Spanische Granden seien grantige Spanier. Aber „Granteln“ hat nichts mit „grande“ zu tun, sondern kommt von dem alten Wort „greinen“ für „weinen“, das uns im Wort „Gründonnerstag“ vertraut ist und in der Mundart im Sinne von zänkisch, mürrisch oder übellaulig verwendet wird. Granteln und Raunzen ist auch nicht typisch wienerisch. Man findet diese Typen überall im Land.

Granteln bringt uns nicht weiter. Und dennoch ist es manchmal notwendig, grantig und unzufrieden

zu sein. Denn Unzufriedenheit ist eine Triebfeder des Fortschritts; das gilt für den Einzelnen wie für die gesamte Nation. Wer keine Veränderung will, der lobt die Zufriedenheit. Im Grunde genommen bedeutet diese Stillstand. Mit allem zufrieden sein und sich nicht mehr ändern zu wollen führt zum Ende jeglichen Fortschritts. Allerdings genügt Unzufriedenheit alleine nicht, um etwas zu ändern. Dazu braucht es auch eine Perspektive und ein Ziel. Und vor allem: Es braucht Einsatz, Ausdauer und Fleiß, um tatsächlich Fortschritt hervorzubringen.

Roman Sandgruber ist emeritierter Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz.